

IKB Barometer

Konjunktur- und Zinsperspektiven

April 2023

Deutsche Konjunktur: Guter Jahresauftakt kein Grund für Optimismus

2

Winterhalbjahr verlief besser als erwartet • Industrie startet erfolgreich ins Jahr • Angebotsrestriktionen lassen nach • Aber Inlandsnachfrage bleibt schwach • Inflation, Zinsen, Unsicherheit über Geopolitik und Energieversorgung belasten nach wie vor • Keine breit angelegte kräftige Erholung zu erwarten

Kapitalmarkt: Inflationsrückgang braucht Konjunktüreintrübung

5

Geldpolitik braucht Zeit, bis sie sich auswirkt • EUR/USD-Devisenkurs bekommt weiteren Auftrieb • Abkühlung der Konjunktur für das Sinken der Inflation notwendig • Europäische Fiskalpolitik als Unsicherheitsfaktor • Deutlicher Rückgang in der Inflationsrate im Verlauf von 2023 erwartet

Industriestandort NRW: Es muss mehr passieren

7

Industrielle Bedeutung von NRW wahren • Weniger am „Alten“ festhalten, sondern den Sprung noch vorne wagen • Deutliche Steigerung der Investitionsdynamik erforderlich • Globales Kapital ist notwendig

Volkswirtschaft und Research, IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Klaus Bauknecht

Chefvolkswirt

+49 211 8221 4118

Klausdieter.Bauknecht@ikb.de

Dr. Carolin Vogt

+49 211 8221 4492

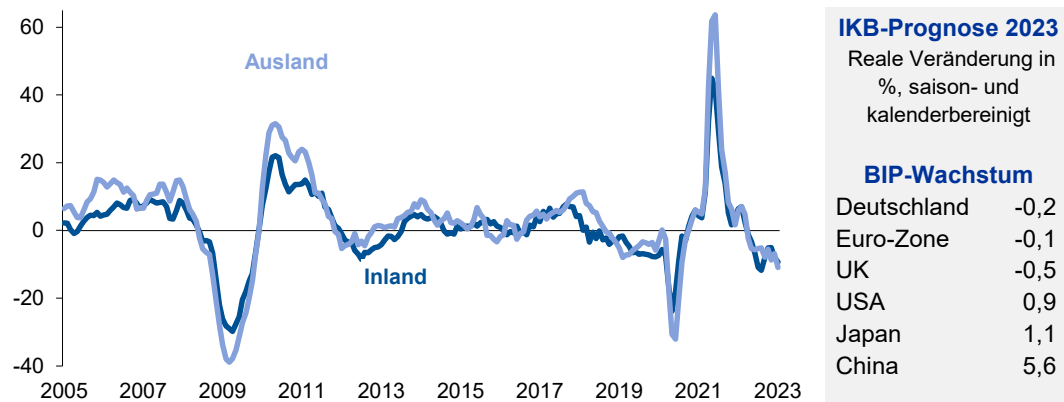
Carolin.Vogt@ikb.de

Eugenia Wiebe

+49 211 8221 3174

Eugenia.Wiebe@ikb.de

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes (in % zum Vorjahresmonat, saisonbereinigt)

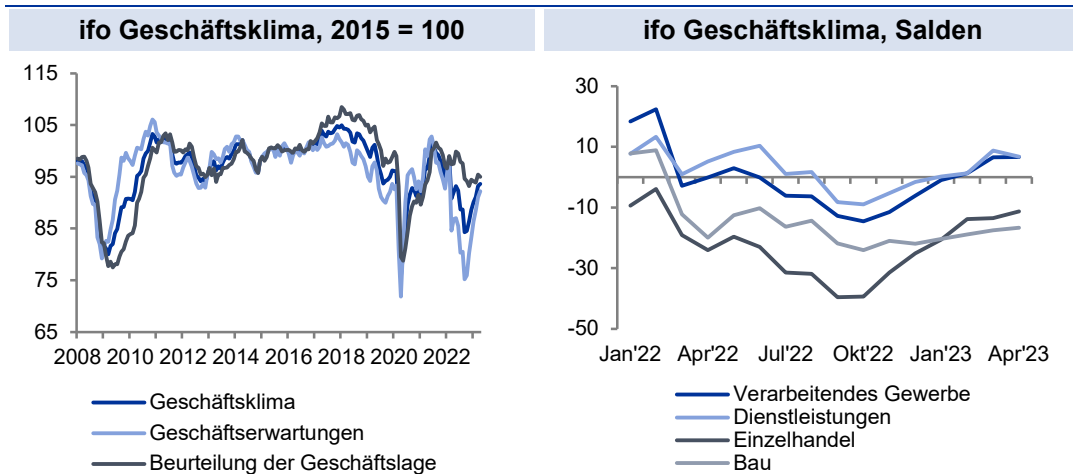


Quelle: Statistisches Bundesamt (IKB-Berechnung: reale gleitende 3-Monats-Zuwachsraten in %)

Deutsche Konjunktur: Guter Jahresauftakt kein Grund für Optimismus

Die deutsche Konjunktur zeigte sich zu Anfang des Jahres robuster, als vielfach erwartet worden war. Auch die Stimmung hat sich im Vergleich zu Ende 2022 aufgehellt. So verbesserte sich das ifo Geschäftsklima im April erneut leicht von 93,2 auf 93,6 Punkte. Die Unternehmen blicken weiterhin optimistischer in die Zukunft, dieser Teil-Index hat sich um 1,2 Zähler verbessert. Etwas eingetrübt hat sich hingegen die Beurteilung der aktuellen Lage. Hier gab es ein Minus von 0,4 Zählern.

Deutschland: Stimmung der Unternehmen



Quelle: FERI (ifo)

Die bisher vorliegenden „harten“ Konjunkturindikatoren für Januar und Februar waren zu-
 meist erfreulich stark. So konnte die deutsche Warenausfuhr in beiden Monaten kräftig zu-
 legen. Bei den Importen kam es im Februar zu einem außergewöhnlichen Anstieg um
 7,2 % und damit zu einem positiven Beitrag des Außenhandels auf die Konjunktorentwick-
 lung. Für eine Überraschung sorgten auch die Daten zur Industrie. Die Produktion stieg
 nach einem kräftigen Plus im Januar (+1,9 %) nochmals um 2,4 % an. Allein die Automo-
 bilindustrie steuerte dazu mit einem Plus von 7,6 % rund die Hälfte bei. Die größte

Überraschung war aber die Bauproduktion. Sie wuchs im Januar um 13,6 % und im Februar um 1,6 %. Vor allem die milde Witterung dürfte für das Plus gesorgt haben.

Damit dürfte der konjunkturelle Verlauf im Winterhalbjahr 2022/2023 besser gewesen sein, als noch im Herbst befürchtet. Aber es gab auch Rückschläge: So sank der Umsatz der deutschen Einzelhändler im Februar um 1,3 % nach einem Mini-Plus im Januar. Der private Konsum, der bereits im Abschlussquartal 2022 nachließ, dürfte auch zu Anfang des Jahres 2023 keine Impulse gebracht haben. Die hohe Inflation belastet die Kaufkraft nach wie vor. Trotz guter Exportzahlen bleibt es zudem fraglich, ob der Außenhandel zum Wachstum beitragen kann. Wenn die Importe weiterhin stärker ausfallen als die Exporte, wird es keine Impulse geben.

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich in Folge der Entspannung bei den Lieferketten die Angebotsseite bzw. Produktion der deutschen Industrie im ersten Quartal 2023 überraschend deutlich erholt hat. Die Sorge vor kurzfristigen Produktionsrückgängen aufgrund der hohen Energiekosten und von Lieferengpässen ist in den Hintergrund getreten. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte deshalb vorübergehend zur Konjunkturstütze werden. Die starken Auftragseingänge im Januar und Februar bestätigen diese Einschätzung.

Dennoch signalisiert der Aktivitätsindex der Bundesbank immer noch einen Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal. Berücksichtigt werden hier neben Monatsdaten der Industrie auch andere Parameter wie Stromverbrauch, Lkw-Fahrleistung und Anzahl der Flüge. Die auf Basis des Index berechnete BIP-Wachstumsrate liegt für das erste Quartal zwischen -0,2 und -0,4 % zum Vorquartal. Damit ist eine leichte Rezession zur Jahreswende 2022/2023 nach wie vor nicht auszuschließen. Doch entscheidend ist weniger, ob das BIP im ersten Quartal leicht schrumpft oder nicht, relevanter ist die Konjunkturentwicklung im Gesamtjahr 2023. Diese und womöglich auch der Konjunkturverlauf im Jahr 2024 werden wiederum zunehmend von den Folgen der geldpolitischen Straffung geprägt sein. Es besteht kein Zweifel: Die Straffung des Einlagenzinses der EZB von -0,5 % auf mehr als 3 % bis Mitte 2023 wird die Konjunktur der Eurozone spürbar belasten. Dies ist bereits bei besonders zinssensitiven Branchen wie dem Baugewerbe zu erkennen. Auch die Geldmengenentwicklung in der Eurozone bremst die Konjunkturentwicklung bereits (s. [auch Beitrag NRW](#)).

Höhere Zinsen und die Inflation werden den privaten Konsum beeinträchtigen. Zudem stehen Nachholeffekte, Sparrücklagen und großvolumige fiskalische Entlastungen nicht noch einmal zur Verfügung. Erst später im Jahr können inflationsbedingte Kaufkraftverluste durch ansteigende Löhne (Tarifierhöhungen und Sonderzahlungen) teilweise kompensiert werden. Dennoch ist von einem realen Lohnverlust im Schatten einer durch die Geldpolitik induzierten Abkühlung auszugehen. Insgesamt wird der private Konsum in diesem Jahr keine Wachstumsimpulse in Deutschland liefern. Gleiches gilt für private Investitionen. Zwar besteht ein hoher Investitionsbedarf hinsichtlich Energiewende, Strukturwandel, Digitalisierung und Infrastruktur. Die Unternehmen hielten sich aber bereits in den Jahren 2021 und 2022 zurück und auch aktuell ist eine Fortsetzung dieser Entwicklung zu erkennen. Geopolitische Unsicherheiten, hohe Energiekosten sowie höhere Finanzierungskosten werden das Investitionsklima vorerst weiter belasten. Insgesamt erwartet die IKB deshalb eine stagnierende Wirtschaft im Jahr 2023. Da die Geldpolitik ihren Einfluss auch noch im Jahr 2024 zeigen sollte, ist zudem von einem nur moderaten Wachstum im kommenden Jahr auszugehen.

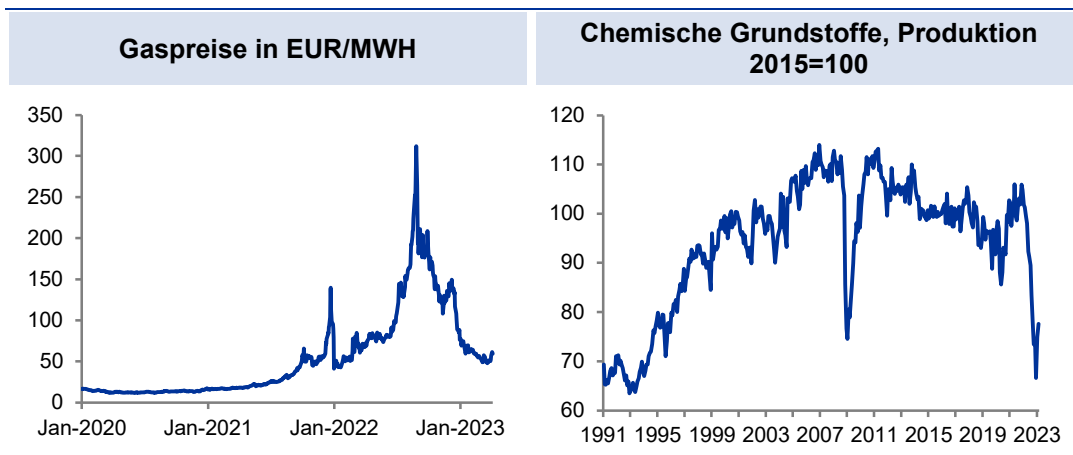
Der aktuell positive Ausblick für die Industrie sollte nicht täuschen. Zwar sind die Preise für Gas und Strom zuletzt wieder deutlich gesunken, allerdings dürften sie langfristig spürbar oberhalb der Niveaus verharren, die vor dem Beginn der Energiekrise gezahlt wurden. So ist LNG-Gas in der Beschaffung deutlich teurer als das Gas, das zuvor über Pipelines aus

Russland bezogen wurde. Auch die Preise an den Terminmärkten deuten darauf hin, dass Gas langfristig teurer bleiben wird als vor dem Ukrainekrieg.

In den energieintensiven Industrien dürften deshalb eher Produktionskapazitäten abgebaut werden. Sofern sich die Kapazitäten dem gegenwärtigen Produktionsniveau anpassen, wird sich das langfristig in einer um rund 2,5 %-Punkte niedrigeren Produktion im Verarbeitenden Gewerbe niederschlagen. Von den dadurch freigewordenen Produktionsfaktoren könnte zumindest ein Teil mittelfristig in anderen Branchen eingesetzt werden und so die beschriebenen Effekte abmildern; dies gilt aber im Wesentlichen nur für Arbeitskräfte, nicht für den in den energieintensiven Branchen typischerweise hohen Sachkapitalstock. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe auf Sicht nicht wieder ihre Höchststände aus dem Jahr 2018 erreichen wird.

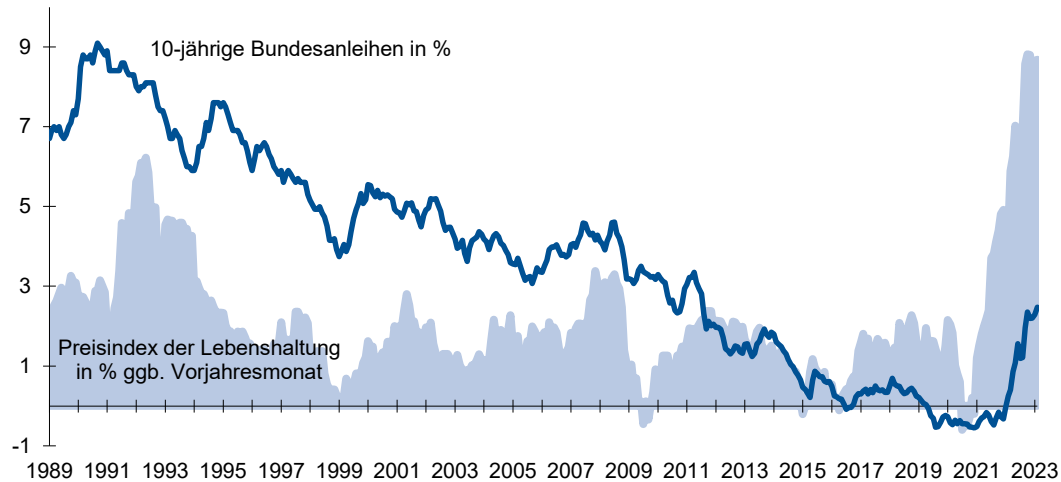
Die IKB erwartet in Deutschland eine stagnierende Konjunktur im laufenden Jahr und ein eher moderates Wachstum im Jahr 2024.

Gaspreise und chemische Grundstoffe



Quelle: Bloomberg; Statistisches Bundesamt

Rendite 10-jähriger Bundesanleihen und Inflationsrate in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesbank

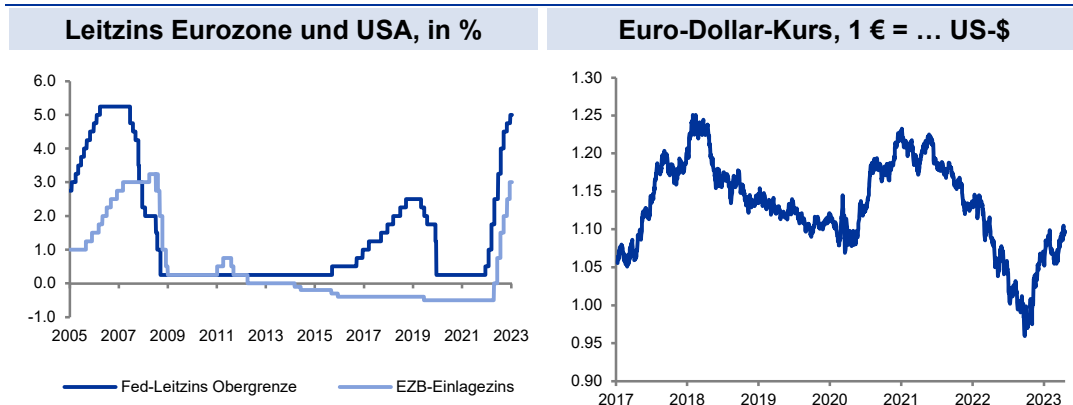
Kapitalmarkt: Inflationsrückgang braucht Konjunktüreintrübung

Noch zeigen US- und europäische Wirtschaft keine flächendeckenden negativen Auswirkungen der geldpolitischen Straffung, die Anfang bzw. Mitte 2022 ihren Anfang nahm. Im Gegenteil: Die Stimmungsindikatoren in der Eurozone scheinen sich eher etwas aufzuheben. Und auch die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland konnte in den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 überzeugen. So hat das Abklingen von Lieferengpässen zu einer generellen Produktionssteigerung geführt, eine Dynamik, die auch in den kommenden Monaten anhalten dürfte. Das BIP-Wachstum im ersten Quartal könnte demzufolge nach oben überraschen – ähnlich wie in China.

Zinnsensitive Branchen wie das Baugewerbe zeigen allerdings bereits sehr deutlich die Auswirkungen der EZB-Zinserhöhungen um 350 bp seit Mitte 2022. Auch in den USA wird der Zinsanstieg von 0 % auf aktuell 5 % seine Auswirkungen zeigen. Angesichts dieses Anstiegs ist eine Diskussion über ein mögliches Soft-Landing der US-Wirtschaft unangebracht. Nur weil sie bisher keine klare Abschwächung zeigt, heißt das nicht, dass diese nicht kommen bzw. dass die Geldpolitik keinen bedeutenden Einfluss auf die Realwirtschaft haben wird. Denn Geldpolitik braucht Zeit, bis sie sich auswirkt; deshalb kann die Geldpolitik auch nicht für die aktive Steuerung oder für das Feintuning der Wirtschaft eingesetzt werden. Die IKB erwartet deshalb für USA und Eurozone eine Abkühlung bzw. deutliche Abschwächung des Wachstums im Verlauf von 2023 und womöglich sogar auch im nächsten Jahr.

Die Fed wird bei einem Zinsniveau von über 5 % auch eher als die EZB von einer restriktiven auf eine neutrale Ausrichtung umschwenken. Dies wird dem EUR/USD-Devisenkurs weiteren Auftrieb geben. Wir erwarten ein Ende der Zinsanhebungen bis Mitte 2023 bei einem Niveau von dann rund 5,5 % in den USA und einem Einlagenzinssatz von 3,75 % in der Eurozone. Wann die Fed die Zinswende vollzieht, wird maßgeblich von der Entwicklung des US-Arbeitsmarktes abhängen. Generell dämpfen die Notenbanken gerade Erwartungen, sie könnten bald eine Zinswende einleiten. Schließlich dürfen sie die Folgen der Zinsanstiege für die Realwirtschaft in ihrem Kampf gegen die Inflation nicht zu früh zurücknehmen. Erste US-Zinssenkungen Ende 2023 bzw. Anfang 2024 sind dennoch durchaus möglich.

Leitzinsen und EUR/USD- Wechselkurs

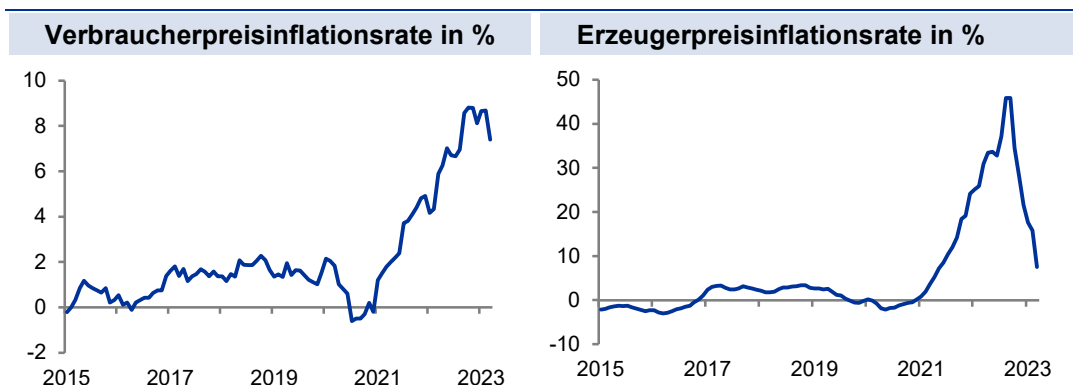


Quelle: Bloomberg

Der Einfluss der Notenbanken auf die Inflation ist indirekt. Um sie zu senken, muss die Konjunktur abkühlen, während die Wirtschaft durch einen Rückgang in der Nachfrage eine neue Balance findet. Zu erwarten, die Inflation lasse nach, ohne dass die Wirtschaft unter der geldpolitischen Straffung bzw. dem Anpassungsprozess zu einer niedrigeren Inflation leidet, ist deshalb nicht realistisch. Nur im Falle einer anhaltenden Euro-Aufwertung bzw. bei deutlich fallenden Rohstoffpreisen wäre ein solches Szenario denkbar. Denn dann würden die Importpreise deutlich fallen und deflationäre Impulse senden. Die aktuelle Euro-Aufwertung stützt demnach zwar den Einfluss der geldpolitischen Straffung; sie ist aber aktuell bei weitem nicht ausreichend, um eine deutliche Abkühlung der Eurozone zu verhindern.

Höhere Zinsen reduzieren die Nachfrage nach Krediten und sorgen so zu einem langsameren Wachstum der Geldmenge. Dies wiederum dämpft Realwirtschaft und Inflation. So sind es auch nicht höhere Energiekosten, die eine höhere Inflation verursachen, sondern es ist eher die Bereitschaft der Notenbank, diesen Preisschock langfristig zu finanzieren. Ein unsicherer Player bleibt allerdings die europäische Fiskalpolitik. Wünschenswert wäre, dass auch sie bei steigenden Zinsen ihre Defizite bzw. die Nachfragestimulierung reduziert und so ihren geldpolitischen Einfluss auf die Realwirtschaft verstärkt. Ob dies jedoch der Fall sein wird, bleibt abzuwarten. Es besteht die berechtigte Sorge, dass die europäische Fiskalpolitik aufgrund von politischem Druck vermehrt versuchen wird, bei konjunktureller Eintrübung gegenzusteuern, was zu höheren Zinsen führen wird.

Deutschland: Inflation in %



Quelle: FERI

Die IKB geht von einem deutlichen Rückgang in der Inflationsrate im Verlauf von 2023 aus. Zum einen resultiert das aus Basiseffekten und ist damit eher technisch bedingt. Doch

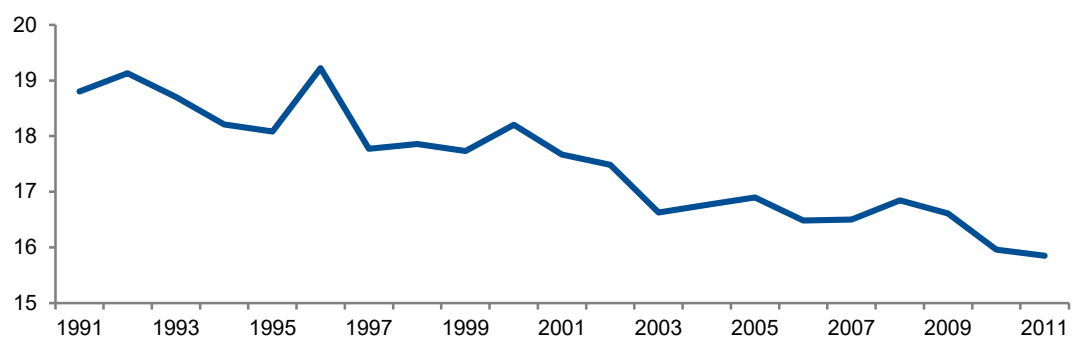
auch der Inflationsdruck bzw. die Kerninflationsrate sollten nachlassen. Grund ist die Erwartung einer breiten konjunkturellen Eintrübung. So sinkt bereits das Geldmengenwachstum in der Eurozone; preisbereinigt ist die Geldmenge in der Eurozone sogar rückläufig. Diese effektive geldpolitische Straffung bestätigt die Erwartung einer anstehenden konjunkturellen Dämpfung. Da sich diese hinziehen sollte und Zinssenkungen auf Sicht nicht zu erwarten sind, scheint zudem ein Anstieg der Insolvenzen unausweichlich. Die Banken haben deshalb ihre Risikoeinschätzung bereits deutlich verschärft – was die effektive Kreditvergabe weiter belasten wird – und die Effektivität der geldpolitischen Straffung erhöht. Die IKB erwartet eine Verbraucherpreisinflation von unter 3 % im Jahr 2024.

Industriestandort NRW: Es muss mehr passieren?

Klimaziele, fragile Lieferketten und hohe Energiepreise setzen dem Industriestandort Deutschland zu. Auch die Industrie im Bundesland NRW erhält zunehmend Gegenwind. Hat das Verarbeitende Gewerbe Anfang der 90er Jahre noch über 25 % der Wirtschaftsleistung in NRW generiert, ist der Anteil inzwischen auf unter 18 % gesunken und liegt damit unter den Quoten Bayerns und Baden-Württembergs, die einen Industrieanteil von 22 % aufweisen, Tendenz sogar steigend.

Gerade die Industrie in NRW muss im Umfeld ambitionierter CO₂-Ziele neue Wege gehen. Denn hier dominieren klassische Industriezweige wie Chemie, Metall und Maschinenbau, die zusammen mehr als 50 % der gesamten Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes ausmachen. Für die zukünftige Energieversorgung wird deshalb dem grünen Wasserstoff eine besondere Bedeutung zugesprochen, der insbesondere in der Stahl- und Chemieindustrie zum Einsatz kommt. Doch mit dem damit einhergehenden weitreichenden technologischen Umbruch ist eine Disruption vorprogrammiert. Entscheidend für NRW wird deshalb sein, weniger am „Alten“ festzuhalten, sondern stattdessen den Sprung nach vorne zu wagen. Die Anwendung neuer Verfahren – insbesondere für die großindustrielle Nutzung innovativer Technologien – wird entscheidend dazu beitragen müssen, die industrielle Bedeutung von NRW zu wahren. Grundvoraussetzung dafür ist die Risikobereitschaft der Unternehmen, aber auch die Überzeugung, dass Innovationen am Standort NRW realisierbar und vor allem auch rentabel sind.

Abb. 1: Investitionsanteil NRW, in % gesamtdeutscher Anlageinvestitionen



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Doch die Investitionsquote in NRW fällt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt recht niedrig aus. Während Investitionen in NRW im Jahr 2019 rund 16,5 % des BIP ausmachten, lag der Wert für Deutschland bei über 21 %. Auch sinkt der Anteil von NRW an den gesamtdeutschen Anlageinvestitionen. Hat NRW Anfang der Jahrtausendwende noch fast 20 % aller Investition in Deutschland für sich verzeichnen können, lag die Quote im Jahr 2019 bei nur noch 16 %. Dies ist zwar angesichts eines rückläufigen Anteils von NRW am BIP nicht überraschend; dennoch zeigt sich hier das grundsätzliche Problem: Investitionen treiben das Wirtschaftswachstum und damit die Transformation in NRW nicht ausreichend voran, was wiederum das Wachstumspotenzial belastet – gerade in disruptiven Zeiten.

Sollen traditionelle Industriebranchen nachhaltig am Standort NRW florieren, ist eine deutliche Steigerung der Investitionsdynamik notwendig. Aus dieser Perspektive betrachtet, ist die hohe Anzahl von Krisen in den letzten Jahren kontraproduktiv. Denn sie haben den Fokus der Politik eher auf kurzfristiges Krisenmanagement gelegt und nicht auf nachhaltige Wirtschaftspolitik. So war auch die Bundesregierung in den letzten Jahren zwar dabei erfolgreich, einen tiefen Wirtschaftseinbruch zu verhindern und wirtschaftliche Strukturen zu stabilisieren. Resilienter und damit anpassungsfähiger ist die deutsche Wirtschaft durch diese kurzfristige Orientierung aber nicht geworden. Zudem haben die Krisen und die hohe

Volatilität dazu geführt, dass sich eine generelle Risikoaversion aufgebaut hat, was sich negativ auf die Investitionsbereitschaft auswirkt – vor allem, wenn in neue Technologien investiert werden soll, die grundsätzlich mit höherer Unsicherheit verbunden sind. Aktuell nimmt die Politik eher die „wait and see“-Haltung ein anstatt als Speerspitze des notwendigen industriellen Wandels voranzugehen. Hierfür gibt es konjunkturelle und strukturelle Gründe. Konjunkturelle Herausforderungen ergeben sich aus den steigenden Zinsen, der absehbaren Abkühlung der US-Wirtschaft und der unsicheren Entwicklung in China. Strukturelle Herausforderungen sind die ambitionierten CO₂-Ziele für die Industrie, der Fachkräftemangel, der in den letzten 30 Jahren noch nie so ausgeprägt war wie aktuell, aber auch bürokratische Hürden. Laut KfW-Klimabarometer (2022) ist der größte Wunsch der Unternehmen an die Politik weiterhin die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren.

Aktuell ist laut dem NRW.BANK.ifo-Geschäftsklima eine Stimmungsaufhellung in NRW zu erkennen. Die Herausforderung wird nun sein, diese Verbesserung zu verstetigen. Allein auf eine allgemeine konjunkturelle Erholung zu hoffen, wird nicht ausreichen. Zum einem mag diese von kurzfristiger Dauer sein. Zum anderen profitiert das NRW-Wirtschaftswachstum nur begrenzt von einer gesamtdeutschen Erholung. Steigt das deutsche BIP-Wachstum um einen Prozentpunkt, profitiert das NRW-Wachstum nur mit 0,9 Prozentpunkten. In den letzten Jahren ist diese Sensitivität sogar tendenziell zurückgegangen. Deshalb müsste die gesamtdeutsche Konjunktur immer gut laufen, damit NRW ein stabiles Wachstum verzeichnen kann.

Erforderlich ist deshalb auch eine strukturelle Veränderung. Nötig ist ein angebotsgetriebenes Wirtschaftswachstum – durch Investitionen, die das Wachstum vorantreiben. Bei einer Sensitivität von unter 1 zur gesamtdeutschen Entwicklung und Wachstumsprognosen für Deutschland für das 2023 von rund oder leicht unter 0 % wird es NRW schwer haben, Wachstum zu generieren, indem private Investitionen am Standort NRW Impulse bringen. Dies gilt auch für das langfristige Wachstum, das für Deutschland auch aufgrund des Fachkräftemangels bei unter 1 % gesehen wird. NRW braucht also eine Angebotsinitiative, die zu einem deutlichen Investitionsschub führt, der nicht nur die Wirtschaft transformiert, sondern auch das Wirtschaftswachstum erhöht. Was muss passieren?

Aktuell ist eine spürbare Verschärfung der Risikoeinschätzung bei Banken zu beobachten. In der Folge wird die Kreditvergabe zurückgehen, auch weil das Zinsniveau auf Dauer hoch bleiben wird. Durch den hohen Abschreibungsbedarf infolge der Transformation werden sich zudem Bonitäten von Unternehmen verschlechtern. Gleichzeitig werden viele Investitionen mit einem höheren unternehmerischen Risiko verbunden sein, da es um mehr als nur eine Ausweitung von Kapazitäten geht. Infolge müssen Geldgeber mehr und mehr das unternehmerische Risiko tragen. Diese Art der Finanzierung ist traditionell für den Kapitalmarkt reserviert, mit hohen Risikokosten für Unternehmen. Deshalb spielen insbesondere Förderkredite eine wichtige Rolle. Grundsätzlich muss es aber um einen positiven langfristigen Renditeausblick gehen.

Laut KfW-Klimabarometer (2022) ist die unsichere Wirtschaftlichkeit ein Haupthemmnis von Klimaschutzinvestitionen in Deutschland. Hoffen auf eine Konjunkturerholung mag helfen, Investitionen in Gang zu bringen, doch noch notwendiger ist die Erwartung einer positiven Rendite auf Klimaschutzinvestitionen – unabhängig davon, wie diese finanziert werden. Schließlich sind nicht nur Kredite notwendig, sondern auch globales Kapital, um das Industrieland NRW zu transformieren. Hierzu bedarf es attraktiver Renditen – und dies im internationalen Vergleich, sodass NRW zunehmend ausländisches Kapital für seinen Transformationsprozess anzieht. Das benötigt subventionierte Renditen bzw. deutlich niedrigere Steuern auf Gewinne, die durch zukunftssträchtige klimafreundliche Geschäftsmodelle erwirtschaftet werden. Gleiches gilt im Übrigen auch für Human-Kapital. Anstatt auf Bürokratie, Regulierung und Vorschriften bei der Einwanderung zu setzen, sollten

Zuwanderer eine höhere Rendite erhalten, etwa durch einen über mehrere Jahre gültigen niedrigeren Einkommenssteuersatz. Wer am Ende kommt, wird dann durch den Markt geregelt. Schließlich profitiert die jeweilige Person nur dann, wenn sie in NRW Arbeit findet. Der Wirtschaftsraum NRW würde dadurch klare Signale setzen, dass Eigentum, Freiheit und stabile bzw. langfristig planbare Rahmenbedingungen im Zentrum der Transformation stehen und eben nicht Regulierung, Vorschriften und Intervention. Die Erfolgchancen für NRW würden sich dadurch deutlich verbessern.

Der Beitrag wurde in ähnlicher Form in der Börsenzeitung vom 28. März 2023 abgedruckt

Auf einen Blick: IKB-Ausblick für Konjunktur und Finanzmärkte

Tabelle 1: Reales BIP, Veränderung in % zum Vorjahr¹⁾

	2021	2022	2023P	2024P
Deutschland	2,6%	1,9%	-0,2%	1,2%
Euro-Zone	5,5%	3,5%	-0,1%	1,3%
UK	8,5%	4,2%	-0,5%	1,6%
USA	6,1%	2,1%	0,9%	1,2%
Japan	1,9%	1,0%	1,1%	1,2%
China	8,1%	2,9%	5,6%	5,0%

Tabelle 2: Inflation, Veränderung in % zum Vorjahr²⁾

	2021	2022	2023P	2024P
Deutschland	3,1%	6,9%	5,8%	2,1%
Euro-Zone	2,6%	8,4%	5,8%	2,9%
UK	2,6%	9,0%	6,0%	1,9%
USA	4,7%	8,0%	3,9%	2,5%
Japan	-0,3%	2,5%	1,9%	1,1%
China	0,9%	2,2%	2,3%	2,2%

Tabelle 3: Geld- und Kapitalmarktzinsen in %³⁾

	24. Apr	Mitte 2023	Ende 2023
3M-Euribor	3,29	3,8	3,8
3M-USD-Libor	5,26	5,3	5,1
10-Jahre Bund	2,49	2,6	2,4
10-Jahre U.S. Treasury	3,53	3,6	3,3

Tabelle 4: Währungen, 1 Euro = ...⁴⁾

	24. Apr	Ende 2023	Ende 2024
EUR/USD	1,10	1,15	1,27
EUR/GBP	0,89	0,91	0,94
EUR/JPY	148	143	145
EUR/CHF	0,98	1,03	1,10
EUR/HUF	376	395	422
EUR/CZK	23,5	24,0	25,5
EUR/TRY	21,4	23,7	25,0
EUR/PLN	4,60	4,76	4,85
EUR/RUB	89,7	88,0	90,0
EUR/MXN	19,9	21,0	24,2
EUR/ZAR	20,0	19,2	19,7
EUR/CNY	7,60	7,40	7,60
EUR/CAD	1,49	1,40	1,45
EUR/AUD	1,65	1,55	1,63

Quellen: 1), 2) Statistische Ämter, Zentralbanken und IKB-Prognosen; 3), 4) Bloomberg; EZB; FRED und IKB-Prognosen

Disclaimer

Diese Unterlage und die darin enthaltenen Informationen begründen weder einen Vertrag noch irgendeine Verpflichtung und sind von der IKB Deutsche Industriebank AG ausschließlich für (potenzielle) Kunden mit Sitz und Aufenthaltsort in Deutschland bestimmt, die auf Grund ihres Berufes/Aufgabenstellung mit Finanzinstrumenten vertraut sind und über gewisse Erfahrungen, Kenntnisse und Sachverstand verfügen, um unter Berücksichtigung der Informationen der IKB Deutsche Industriebank AG Entscheidungen über ihre Geldanlage und die Inanspruchnahme von Wertpapier(neben)dienstleistungen zu treffen und die damit verbundenen Risiken unter Berücksichtigung der Hinweise der IKB Deutsche Industriebank AG angemessen beurteilen zu können. Außerhalb Deutschlands ist eine Verbreitung untersagt und kann gesetzlich eingeschränkt oder verboten sein.

Die Inhalte dieser Unterlage stellen weder eine (i) Anlageberatung (ii) noch eine individuelle Anlageempfehlung oder (iii) eine Einladung zur Zeichnung oder (iv) ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Die Unterlage wurde nicht mit der Absicht erarbeitet, einen rechtlichen, steuerlichen oder bilanziellen Rat zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass die steuerliche Behandlung einer Transaktion von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängt und künftigen Änderungen unterworfen sein kann. Stellungnahmen und Prognosen stellen unverbindliche Werturteile zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage. Eine Änderung der Meinung des Verfassers ist daher jederzeit möglich, ohne dass dies notwendigerweise publiziert wird. Die in der Unterlage zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der IKB wider. Prognosen zur zukünftigen Entwicklung geben Annahmen wieder, die sich in Zukunft als nicht richtig erweisen können; für Schäden, die durch die Verwendung der Unterlage oder von Teilen davon entstehen, wird nicht gehaftet.

Frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Wertentwicklung.

Bei der Unterlage handelt es sich nicht um eine Finanzanalyse i.S.d. Art. 36 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 oder Empfehlung i.S.d. Art. 3 Abs. 1 Nr. 35 Verordnung (EU) 596/2014.

Die vorliegende Unterlage ist urheberrechtlich geschützt. Das Bearbeiten oder Umarbeiten der Werbemitteilung ist untersagt. Die Verwendung oder Weitergabe der Unterlage in jeglicher Art und Weise an Dritte (z.B. Geschäftspartner oder Kunden) für gewerbliche Zwecke, auch auszugsweise, ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der IKB Deutsche Industriebank AG zulässig.

Ansprechpartner in der IKB Deutsche Industriebank AG

40474 Düsseldorf
Wilhelm-Bötzkies-Straße 1
Telefon +49 211 8221-0

Dr. Klaus Bauknecht
Volkswirtschaft
Telefon +49 211 8221-4118

April 23
Herausgeber:
Rechtsform:
Sitz:
Handelsregister:
Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Vorsitzender des Vorstands:
Vorstand:

IKB Deutsche Industriebank AG
Aktiengesellschaft
Düsseldorf
Amtsgericht Düsseldorf, HR B 1130
Dr. Karl-Gerhard Eick
Dr. Michael H. Wiedmann
Dr. Patrick Trutwein, Steffen Zeise